

Anfrage der CDU/FDP Stadtratsfraktion
öffentlich

Datum
15.08.2024

Nummer
F0216/24

Absender

CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Adressat

Oberbürgermeisterin
Frau Simone Borris

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

15.08.2024

Kurztitel

Sachstand der Arbeitspflicht für Asylbewerber

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Borris,

in der Stellungnahme des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herrn Dr. Ingo Gottschalk, vom 15.03.2024 (S0168/24) fragte die CDU-Ratsfraktion (VII. WP) nach der damals öffentlich viel diskutierten Rechtslage und nach Tätigkeiten von Asylbewerbern innerhalb und außerhalb von Einrichtungen bzw. Unterkünften.

Dieser Stellungnahme war zu entnehmen, dass „die Landeshauptstadt Magdeburg beabsichtigt, die Leistungsberechtigten noch intensiver für Aufgaben innerhalb von Einrichtungen heranzuziehen“. Auch außerhalb von Einrichtungen sollte dies in einer Erprobung erfolgen. Es waren laut Stellungnahme ca. 25 Leistungsempfänger monatlich freiwillig eingebunden. Weiter: „Es wird geprüft, die Arbeitsgelegenheiten auszubauen“.

Dazu frage ich die Oberbürgermeisterin:

1. Wie konnten die Arbeitsgelegenheiten innerhalb und außerhalb der Einrichtungen seit April 2024 ausgebaut werden?
2. Welche Tätigkeiten werden innerhalb und außerhalb geleistet?
3. Wie viele Leistungsempfänger sind derzeit eingebunden?
4. Weil es sich um eine Arbeitspflicht handelt, wie viele Leistungsempfänger sind derzeit nicht freiwillig eingebunden?
5. Welche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Arbeitspflicht für Asylbewerber treten auf?

Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme innerhalb der vorgegebenen Frist nach § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg. Ich bitte um kurze Benachrichtigung, wenn diese Frist nicht eingehalten werden kann.

Wigbert Schwenke
Stadtrat CDU/FDP Stadtratsfraktion

